

141653-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten –
Projektsteuerung Tagesklinik Limburgerhof
OJ S 42/2026 02/03/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtklinik Frankenthal
E-Mail: hauser@schulze-hagen.com
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Projektsteuerung Tagesklinik Limburgerhof
Beschreibung: Tagesklinik Limburgerhof - Neubau Psychiatrie und Psychotherapie
Projektsteuerungsleistungen - Grundleistungen und Besondere Leistungen - gemäß AHO-Heft
Nr. 9, 6. Aufl., Stand Mai 2025 der Projektstufen 2 (Planung), 3 (Ausführungsvorbereitung), 4
(Ausführung) und 5 (Projektabschluss) sowie Teilleistungen aus der Projektstufe 1 für den
Neubau Psychiatrie und Psychotherapie Tagesklinik Limburgerhof der Stadtklinik Frankenthal.
Kennung des Verfahrens: 09dfb673-51dc-4632-9812-50633b6e544b
Interne Kennung: TKLH_01_2026
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein
Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Ausschreibung erfolgt im Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb (zweistufiges Verfahren). Der Teilnahmewettbewerb dient der Auswahl
der Bewerber. Die Auswahl erfolgt anhand der bekanntgemachten Eignungs- und
Auswahlkriterien und der eingereichten Teilnahmeunterlagen. Nach dem
Teilnahmewettbewerb erfolgt mit den ausgewählten Bewerbern das Verhandlungsverfahren.
Das Verhandlungsverfahren besteht aus der Einreichung des Erst-Angebotes, mindestens
eines Bieter- und Verhandlungsgespräches sowie der endgültigen Angebotsabgabe. Die
Angebotsprüfung und Wertung erfolgt anhand der eingereichten Angebotsunterlagen sowie
den bekanntgemachten Zuschlagskriterien. Wegen der weiteren Einzelheiten wird ergänzend
auf die Ausschreibungsunterlagen verwiesen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79421000 Projektmanagement, außer Projektüberwachung von
Bauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Limburgerhof
Postleitzahl: 67117
Land, Gliederung (NUTS): Frankenthal (Pfalz), Kreisfreie Stadt (DEB31)

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YUJMCSB# Für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb wird keine Entschädigung / Aufwendungsersatz gewährt. Dies gilt sowohl für die Erstellung des Teilnahmeantrages, als auch für die spätere Angebotsbearbeitung nebst Teilnahme an Angebotsverhandlungen sowie alle übrigen Leistungen der Bewerber aus Anlass dieses Vergabeverfahrens. Die vom Bieter abgegeben personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Im Rahmen der vergaberechtlichen Informations- und Bekanntmachungspflichten (§134 GWB etc.) werden personenbezogene Angaben veröffentlicht. Bei der Abgabe des Angebotes über die Vergabeplattform ist zu berücksichtigen, dass aufgrund einer gegebenenfalls großen Datenmenge eine vollständige Übertragung des Angebotes längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Es ist daher vom Bieter ausreichend Zeit für das Hochladen des Teilnahmeantrages / der Angebote auf die Vergabeplattform einzukalkulieren. Zudem ist zu berücksichtigen, dass für die elektronische Abgabe des Teilnahmeantrages / der Angebote über die Vergabeplattform ein kostenloses Tool erforderlich ist, welches eine separate Installation notwendig macht. Es wird deshalb empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der Abgabefrist für den Teilnahmeantrag / die Angebote die Übermittlung zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang sind auf der Vergabeplattform weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support benannt. Antworten zu Bieterfragen sowie aktualisierte oder weitere Vergabeunterlagen, welche sämtliche Bieter betreffen, werden vom Auftraggeber auf der Vergabeplattform gemäß der Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellt. Für die Abgabe des Teilnahmeantrages / der Angebote ist jeweils die aktuellste Version der auf der Vergabeplattform eingestellten Vergabeunterlagen maßgebend. Die Bieter müssen daher sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrages / Angebots prüfen, ob seitens des Auftraggebers zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt oder Bieterfragen beantwortet wurden, welche für Abgabe des Teilnahmeantrages / des Angebots zu beachten sind. Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform gemäß Auftragsbekanntmachung. Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren, unabhängig davon, ob er von der Vergabeplattform zusätzlich automatisch generierte Benachrichtigungsmails an seine hinterlegte Mail-Adresse erhält oder nicht. Nachrichten gelten mit Einstellung auf der Vergabeplattform und nicht erst mit Erhalt einer Benachrichtigungsmail als zugegangen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB.

Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung

vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen

Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch

Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden

Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen

Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von

jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Betrug: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Korruption: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen

beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Zahlungsunfähigkeit: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes "Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbergemeinschaften ist von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den

Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbungsgemeinschaften ist von jedem Bewerbungsgemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbungsgemeinschaften ist von jedem Bewerbungsgemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbungsgemeinschaften ist von jedem Bewerbungsgemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB. Die §§ 125, 126 GWB finden Beachtung. Mit dem Teilnahmeantrag ist folgende Erklärung vorzulegen: Eigenerklärung, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Die Eigenerklärung kann durch Einzelnachweis mittels Einreichung des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Formblattes Bewerbererklärung" oder durch Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (Teil III A - D) erbracht werden. Im Fall von Bewerbungsgemeinschaften ist von jedem Bewerbungsgemeinschaftsmitglied die Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag gesondert einzureichen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Projektsteuerung Tagesklinik Limburgerhof

Beschreibung: Die Stadtklinik wird von der Stadt Frankenthal gemäß § 1 Abs. 2

Krankenhausbetriebsverordnung Rheinland-Pfalz als Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt. Der beim AG Ludwigshafen unter HRA 61415 eingetragene Eigenbetrieb wird durch den kaufmännischen Direktor vertreten. Der AG beabsichtigt, als Fördermaßnahme in Limburgerhof eine Tagesklinik für Psychiatrie und Psychotherapie als Neubau zu errichten. Trotz des umfangreichen Ausbaus der ambulanten psychiatrischen / psychotherapeutischen Versorgung und komplementärer Angebote nehmen in Deutschland seit Jahren die Krankenhausaufenthalte und stationären Behandlungstage in psychiatrischen Krankenhausabteilungen sowie Fachkrankenhäusern zu. Durch die Erweiterung der Pflichtversorgung kam es in der psychiatrischen Abteilung der Stadtklinik zu einer Fallzahlerhöhung. Die Auswahl des Grundstücks Ecke Speyerer Straße/Jahnstraße, 67117 Limburgerhof, Flurstück Nr. 46/47 Grundstücksfläche: ca. 1500 m² erfolgte durch die Stadtklinik im Rahmen einer Machbarkeitsstudie. Aus der Machbarkeitsstudie ergab sich die

Variante 3 als die aktuell bevorzugte Variante 3. Gemäß derzeitig rechtsgültigem Bebauungsplan ist das Grundstück als Grünfläche ausgewiesen. Die Gemeinde Limburgerhof unterstützt allerdings das Projekt. Es ist die Aufstellung eines auf das Projekt abgestimmte Änderung des Bebauungsplans vorgesehen. Nachdem die Zusammenarbeit mit dem ursprünglichen Architekturbüro endete, kam es in 2025 zur Neuausschreibung der Planungsleistungen ab der Leistungsphase 3 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude und Innenräume ebenso wie eine Vergabe der Fachplanung TGA Anlagengruppen 1 bis 3 erfolgte. Gegenstand der Ausschreibung sind die Projektsteuerungsleistungen - Grundleistungen und Besondere Leistungen - gemäß AHO-Heft Nr. 9, 6. Aufl., Stand Mai 2025 der Projektstufen 2 (Planung), 3 (Ausführungsvorbereitung), 4 (Ausführung) und 5 (Projektabschluss) sowie Teilleistungen aus der Projektstufe 1 für den Neubau Psychiatrie und Psychotherapie Tagesklinik Limburgerhof der Stadtklinik Frankenthal. Wegen des bereits laufenden Planungsprozesses beginnt die Projektsteuerungsaufgabe mit der Projektstufe 2 und erforderlichen Teilleistungen aus der Projektstufe 1. Die Projektsteuerungsleistungen umfassen das vollständige Leistungsbild, d.h. sämtliche Grundleistungen aller Handlungsbereiche der Projektstufen 2 (Planung) bis 5 (Projektabschluss). Hinzu kommen einzelne Grundleistungen aus der vorangegangenen Projektstufe 1 (Projektvorbereitung) sowie zusätzliche Leistungen (Besondere Leistungen). Die Beauftragung der Projektsteuerungsleistungen erfolgt stufenweise. Mit Zuschlagserteilung überträgt der AG dem AN zunächst die Bearbeitungsstufe I (= Projektstufe 2 einschließlich Teilleistungen aus Projektstufe 1). Zum Zeitpunkt der Beauftragung des Projektsteuerers wird sich das Projekt voraussichtlich in der Entwurfsplanung, ggfs. auch schon in der Genehmigungsplanung befinden. Der Projektsteuerer hat unmittelbar in den laufenden Projektprozess einzusteigen. Interne Kennung: TKLH_01_2026

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79421000 Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Für die Anordnung zusätzlicher oder geänderter Leistungen gelten die Regelungen in § 7 des Projektsteuerungsvertrages. Der Projektsteuerungsvertrag liegt den Ausschreibungsunterlagen bei.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Limburgerhof

Postleitzahl: 67117

Land, Gliederung (NUTS): Frankenthal (Pfalz), Kreisfreie Stadt (DEB31)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# Für den Fall, dass der bezuschlagte Bieter vor vollständiger Leistungserbringung wegen Kündigung, Insolvenz oder aus einem anderen Grund ausgewechselt werden muss, behält sich der Auftraggeber vor, den übrigen Bietern, die ein wertungsfähiges Angebot im durchgeführten Vergabeverfahren abgegeben hatten, in der Reihenfolge der Wertungsergebnisse unter Zugrundelegung der damaligen Angebote den Auftrag anzutragen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Erklärungen / Nachweise vorzulegen: Nachweis Berufsbezeichnung Ingenieur/in oder Architekt/in, unternehmensbezogen MINDESTANFORDERUNG: Nachweis, dass der Bewerber zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieurin / Ingenieur" gemäß §§ 2 ff IngKaG Rh.-Pf. oder zur Führung der Berufsbezeichnung "Architektin / Architekt" gemäß §§ 5 ff ArchG Rh.-Pf. berechtigt ist. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist er nur teilnahmeberechtigt, wenn er für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennt und dessen Qualifikation gemäß den vorstehenden Ausführungen mit dem Teilnahmeantrag nachweist. Wird die Mindestanforderung nicht erfüllt, wird der Bewerber für die Erfüllung des Auftrags als nicht geeignet angesehen und somit im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Erklärungen / Nachweise vorzulegen: Nachweis einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage der Kopie einer Versicherungsbescheinigung des Versicherers oder Versicherungsmaklers. MINDESTANFORDERUNG: Die vorzulegende Versicherungsbescheinigung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung muss eine Mindest-Deckungssumme für Personenschäden über EUR 1.500.000,00 und für Sach- und Vermögensschäden über EUR 1.500.000,00 ausweisen. Die Mindest-Deckungssummen müssen mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen, dass die Versicherung auch Betätigung der Bewerber als Mitglied einer Bewerber-/Arbeitsgemeinschaft eintritt. Werden die Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird der Bewerber für die Erfüllung des Auftrags als nicht geeignet angesehen und somit im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Erklärungen / Nachweise vorzulegen: Nachweis - zunächst nur Eigenerklärung gemäß Formblatt "Referenzleistung" - zu bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Referenzen des Bewerbers, deren Projektsteuerungsanforderungen mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Bei Bewerbergemeinschaften müssen Referenzen nicht durch alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, sondern nur durch mindestens ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft erbracht sein. MINDESTANFORDERUNGEN: 1. Für die Referenzleistungen müssen aus dem Leistungsbereich Projektsteuerung für Hochbauprojekte mindestens die Projektstufen 2 (Planung), 3 (Ausführungsvorbereitung) und 4 (Ausführung)

und hierbei jeweils die wesentlichen Grundleistungen aus den Handlungsbereichen A bis D erbracht worden sein. 2. Die Referenzleistungen dürfen nicht vor dem 01.01.2021 abgeschlossen worden sein. Maßgeblich für den Abschluss ist die Fertigstellung der Projektstufe 4 (Ausführung). Sofern die Referenzleistungen aktuell noch nicht abgeschlossen sind, müssen sie mindestens bis zum Beginn der Projektstufe 4 (Ausführung) fortgeschritten sein. 3. Es müssen mindestens 2 Referenzleistungen eingereicht werden, deren Projektsteuerungsanforderungen mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und die vorstehenden Mindestanforderungen gemäß Ziffer 1 und 2 erfüllen. Werden die Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird der Bewerber für die Erfüllung des Auftrags als nicht geeignet angesehen und somit im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Überschreitet die Zahl der geeigneten Bewerber die geplante Höchstzahl von 5 Bewerbern, erfolgt die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, anhand folgender objektiver Kriterien: a) Anzahl der wertungsfähigen Referenzen Die wertungsfähigen Referenzen werden zunächst unter Berücksichtigung der Anzahl gewertet. Ein Bewerber mit 3 bis 4 wertungsfähigen Referenzen erhält 5 Punkte, ein Bewerber mit 5 oder mehr wertungsfähigen Referenzen erhält 10 Punkte. b) Qualitative Projektmerkmale der Referenzen Die wertungsfähigen Referenzen werden außerdem unter Berücksichtigung der nachfolgenden qualitativen Projektmerkmale bewertet. Dabei wird jede Referenz gesondert gewertet und sodann anschließend der Durchschnittswert der vom Bewerber eingereichten, wertungsfähigen Referenzen anhand der erzielten Gesamtsumme dividiert durch die Anzahl der wertungsfähigen Referenzen ermittelt. Der ermittelte Durchschnittswert wird anschließend mit dem Faktor 8 multipliziert. Für die Auswahlentscheidung werden für die Projektsteuerungsleistungen bis zu maximal 5 Punkte pro wertungsfähiger Referenz für die nachfolgenden Projektmerkmale vergeben: Größe: Die Kostenberechnung der Referenz betrug für die Bauwerkskosten (Kostengruppen 300 + 400) gemäß DIN 276:2018-12 oder 276-1:2008-12 maximal brutto 6,0 Mio. Euro brutto: 1 Punkt. Bearbeitungsumfang: Bei der Referenz wurde auch die Projektstufe 5 (Projektabschluss) bearbeitet: 1 Punkt. Einstieg in einen laufenden Planungsprozess: Es handelt sich um eine Referenz, bei der die Leistungserbringung der Projektsteuerungsleistungen bei abgeschlossener Grundlagenermittlung und Vorplanung (LP 1 und 2) und laufender Entwurfsplanung mit restlichen Teilleistungen aus der Projektstufe 2 (Planung) oder später als Einstieg in einen laufenden (Entwurfs-)Planungsprozess begann: 2 Punkte. Besondere Leistungen: Die Referenzleistungen hatten als Besondere Leistungen auch die Übernahme von Funktionen einer Vergabestelle zum Gegenstand: 1 Punkt Die Angaben zu den Referenzen sind vom Bewerber im Formblatt "Referenzleistung" einzutragen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Für jede Referenz ist ein gesondertes Formblatt zu verwenden. Fehlende Unterlagen und/oder Angaben zu Referenzprojekten werden nicht nachgefordert. Bei der Bewertung der Referenzen werden nur ganze Punkte vergeben. Bei der rechnerischen Ermittlung des Durchschnittswertes zur Ermittlung der Wertungspunktzahl beim Auswahlkriterium "Qualitative Projektmerkmale der Referenzen" gemäß lit b erfolgt eine kaufmännische Rundung auf 2 Dezimalstellen, die auch bei der anschließenden Ermittlung der Gesamtwertungssumme aus den beiden Auswahlkriterien "Anzahl der wertungsfähigen Referenzen" und Qualitative Projektmerkmale der Referenzen" gemäß lit a und b fortgeschrieben wird. Die 5 Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl (Summe aus lit. a und b) werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Sollte auch nach Anwendung der vorgenannten Auswahlkriterien die Höchstzahl überschritten werden, weil Bewerber dieselbe Punktzahl aufweisen, entscheidet die höhere Anzahl der eingereichten wertungsfähigen Referenzen und bei gleicher Anzahl die größere Aktualität der Referenzen. Falls auch nach

Anwendung dieser objektiven Auswahlkriterien die Höchstzahl weiterhin überschritten wird, weil Bewerber dieselbe Punktzahl, dieselbe Anzahl an Referenzen mit derselben Aktualität aufweisen, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl zwischen den betroffenen Bewerbern durch Los gemäß § 75 Abs. 6 VgV zu treffen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 5,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebotsgesamtsumme

Beschreibung: Der Preis ermittelt sich aus der Honorarangebotsgesamtsumme inklusive Nebenkosten und ggfs. Auf-/Abschlag sowie inklusive der Mehrwertsteuer mit einem zu Kalkulationszwecken vorgegebenen Mehrwertsteuersatz über 19 % gemäß dem Honorarangebotsblatt des endgültigen Angebots. Wegen der weiteren Einzelheiten wird ergänzend auf das den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Dokument Zuschlagskriterien verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Auftragsbezogene Projektorganisation

Beschreibung: Die Bewertung der auftragsbezogenen Projektorganisation, die sich in zwei Unterkriterien aufteilt, wird anhand der vom Bieter mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen sowie der vom Bieter im Bieter- und Verhandlungsgespräch getroffenen Erläuterungen qualitativ auf Schlüssigkeit, Geeignetheit, Auftragsbezogenheit und Vollständigkeit sowie der sich aus den in den Ausschreibungsunterlagen genannten Planungs-/Vertragszielen ergebenden Projektanforderungen vorgenommen. Wegen der weiteren Einzelheiten einschließlich der Unterkriterien nebst deren Gewichtung wird ergänzend auf das den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Dokument Zuschlagskriterien verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzepte der auftragsbezogenen Herangehensweise

Beschreibung: Die Bewertung des auftragsbezogenen Konzepts der geplanten Herangehensweise der Projektsteuerung an ein Projekt, das sich bereits in einer fortgeschrittenen Planungsphase befindet, wird anhand der vom Bieter mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen sowie der vom Bieter im Bieter- und Verhandlungsgespräch getroffenen Erläuterungen qualitativ auf Schlüssigkeit, Geeignetheit, Auftragsbezogenheit und Vollständigkeit sowie der sich aus den in den Ausschreibungsunterlagen genannten Planungs-/Vertragszielen ergebenden Projektanforderungen vorgenommen. Wegen der weiteren Einzelheiten wird ergänzend auf das den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Dokument Zuschlagskriterien verwiesen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: auftragsbezogenes Konfliktmanagement in Bezug auf Kosten und Termine

Beschreibung: Die Bewertung des auftragsbezogenen Konfliktmanagements in Bezug auf Kosten / Kostensteuerung und Termine / Terminsteuerung wird anhand der vom Bieter mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen sowie der vom Bieter im Bieter- und Verhandlungsgespräche getroffenen Erläuterungen qualitativ auf Schlüssigkeit, Geeignetheit, Auftragsbezogenheit und Vollständigkeit sowie der sich aus den in den Ausschreibungsunterlagen genannten Planungs-/Vertragszielen ergebenden Projektanforderungen vorgenommen. Wegen der weiteren Einzelheiten einschließlich der Unterkriterien nebst deren Gewichtung wird ergänzend auf das den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Dokument Zuschlagskriterien verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 20/03/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YUJMCSB/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YUJMCSB>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 20/04/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YUJMCSB>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/03/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es gilt §128 Abs. 1 GWB sowie die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Bedingungen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Finanzielle Vereinbarung: Wegen der finanziellen Vereinbarungen wird auf die Ausschreibungsunterlagen, insbesondere den Projektsteuerungsvertrag verwiesen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter gelten die §§ 134, 135 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadtklinik Frankenthal

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtklinik Frankenthal

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtklinik Frankenthal

Registrierungsnummer: 1565400579

Postanschrift: 67227

Stadt: Frankenthal

Postleitzahl: 67227

Land, Gliederung (NUTS): Frankenthal (Pfalz), Kreisfreie Stadt (DEB31)

Land: Deutschland

E-Mail: hauser@schulze-hagen.com

Telefon: +496217273970

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: 07-0001801100000-05

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 613116-2234

Fax: +49 613116-2113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 900542ea-4ab1-4083-9df9-3ce8460cd028 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/02/2026 12:06:50 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 141653-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 42/2026

Datum der Veröffentlichung: 02/03/2026